

# „Aufstehen“ – für was?

Steckt die Sammlungsbewegung in kaum auflösbaren Widersprüchen – fragt unser Autor

Wer möchte angesichts dessen, was sich in Deutschland, in Europa und weltweit abspielt, nicht aufspringen und „Halt!“ rufen, wie der Galeriebesucher in Kafkas Erzählung ›Auf der Galerie? An diesen Impuls appelliert die Sammlungsbewegung „Aufstehen“. Aber anders als in der Erzählung rühren die Zweifel, die sich zugleich erheben, nicht vom falschen Schein der Wirklichkeit her, sondern vom Aufruf selbst.

Dessen Anlass ist die nach Veränderung schreiende allgemeine politische Lage. Daneben ist auch der Zwist der Initiatorin mit ihrer Partei ein Motiv. Sarah Wagenknecht reicht es nicht, ihren Zielen durch innerparteiliche Diskussion Aufnahme ins Parteiprogramm und somit durch diese Partei politische Geltung zu verschaffen oder hält es für aussichtslos. Von außen mag das als Sache der Partei erscheinen. Diese Sicht lässt aber einen funktionalen Aspekt der initiierten Sammlungsbewegung außer Acht. Perspektivisch ist Ziel der Bewegung die Gründung einer dem Aufruf programmatisch entsprechenden Partei. Das schließt die Initiatorin, danach befragt, zwar aus, doch nicht so unbedingt, dass, falls ihr Vorhaben entsprechend erfolgreich ist, das Tor in diese Richtung geschlossen bleibt. Sie muss vielmehr daran interessiert sein, es offen zu halten. Denn eine Bewegung, die sich nicht wie soziale Bewegungen sonst, auf ein Problemfeld konzentriert,

sondern auf das ganze Spektrum der gesellschaftlichen Probleme, kann in einer parlamentarischen Demokratie Veränderungen nur als Partei erreichen und das nicht allein, da die absolute Mehrheit illusorisch ist, sondern im Bündnis mit anderen Parteien. Rot-Rot-Grün wäre ein derartiges Bündnisprojekt. Seine Re-

derart angegriffenen Parteien es nicht anders sehen lassen. Wer also hofft, dass Rot-Rot-Grün demaleinst gelingt, dem müssen Zweifel an der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ kommen, da sie dieses Bündnisprojekt perspektivisch gefährdet.

Diese Zweifel werden vor allem durch Publikationen von Andreas Nölke genährt, dem ‚Ideengeber‘ der Bewegung, wie sie selbst ihn apostrophiert, in diesem Sinn also Mit-Initiator. In seinem Buch ›Linkspopulär‹ schreibt er: „Es geht einer linkspopulären Position ja schließlich um eine konkrete Verbesserung der Lebenssituation der ärmeren Bevölkerungsschichten im Rahmen der realen Machtverhältnisse. Sie muss daher auch bereit sein, Koalitionen mit anderen Parteien einzugehen, um ihre Anliegen durchsetzen zu können.“ (Andreas Nölke, Linkspopular – Vorwärts handeln statt rückwärts denken, Frankfurt/Main 2017, S.95).

In dem online-magazin ›TELEPOLIS‹ argumentiert er ebenfalls in diese Richtung: „Da die bestehenden Parteien derzeit nicht in der Lage sind, die links-kommunitaristische Ecke auszufüllen, liegt es nahe, hier eine neue politische Position zu formulieren. Eine solche Positionsentwicklung würde auch verhindern, dass grosse Teile der Bevölkerung ihre politischen Vorstellungen nicht realisiert sehen und daher nicht mehr zur Wahl gehen [...].“ (Ders., Die Krise der linken Parteien als Chance für eine



alisierungschancen sind indes auf absehbare Zeit in weite Ferne gerückt. Es würde, sobald die Sammlungsbewegung „Aufstehen“ Parteiformat annimmt, noch mehr in Frage gestellt, weil sie als Partei dann den drei anderen das Wasser abgraben und diese Konkurrenz das Bündnisprojekt usurpieren würde. Allein die heftigen Reaktionen ihrer eigenen Partei zeigen, dass die Linke das Vorhaben von Sarah Wagenknecht als parteischädigend sieht. Deren heftige Seitenhiebe gegenüber der SPD und den Grünen in ihrer Rede auf dem letzten Bewegungs-Treffen in Bochum werden die beiden

linkspopuläre Position, In: Telepolis, 31. Januar 2018, S.2).

In beiden Zitaten ist zwar nicht explizit von Partei die Rede, sondern von politischer Position. Der jeweilige Kontext legt jedoch nahe, dass mit diesem Ausdruck implizit Partei gemeint ist. Nur eine Partei kann Koalitionen mit anderen eingehen, nur eine Partei kann formal gewählt werden. Das letzte Kapitel von „Linkspopulär“ lässt kaum Zweifel, dass Nölke so zu verstehen ist. Dieses Kapitel ist ganz der Frage des Verhältnisses einer linkspopulären Position zu den bestehenden Parteien und der Chance von bestimmten von ihnen gewidmet. Obwohl er anfangs klarstellt, dass mit dem Ausdruck 'linkspopuläre Position' nicht Partei gemeint ist („Eine neue Partei zu gründen, ist nicht zielführend“), legt er – sich selbst widersprechend – in seiner weiteren Argumentation dann doch schrittweise die Perspektive auf dieses Ziel frei: „Eine linkspopuläre Position müsste aber auch über alternative Formen der Kontaktaufnahme mit potentiellen Wählern nachdenken“, und wenig später erwägt er Programmpunkte aus „der Sicht einer linkspopulären Partei“ und spricht damit explizit aus, was mit dem Ausdruck 'linkspopuläre Position' implizit offenbar bereits gesagt war.

Außer in dieser organisationspolitischen Hinsicht erscheint die Bewegung auch unter inhaltlichem Aspekt zweifelhaft. Jedenfalls, wenn sie sich auch nach dieser Seite hin von A. Nölkes Ideen beeinflussen lässt. Sie sind vor dem Hintergrund des Kommunitarismus zu sehen, dem ein Menschenbild zugrunde liegt, das sich in Auseinandersetzung mit dem von der Aufklärung inspirierten Menschenbild entwickelt hat. Während dieses den Menschen als selbstbestimmtes und weltoffenes Individuum darstellt, betrachtet der Kommunitarismus den Menschen als

gemeinschaftsbezogen. Gemeinschaft ihrerseits definiert durch ethnische, sprachliche kulturelle, religiöse Zusammengehörigkeit. Politisch-programmatisch resultieren aus dieser kommunitaristischen Auffassung Präferenzen, die sich im Gründungsauftritt allerdings kaum wiederfinden, vermutlich, um dessen Funktion, möglichst viele Menschen anzusprechen und zu sammeln, nicht von vornherein zu gefährden. Nur im vorletzten Ziel des Aufrufs deutet sich dann doch eine dieser Präferenzen an, nämlich die für das Nationale. Sie wird kaschiert durch das Bekenntnis

---

*Während die Aufklärung  
den Menschen als  
selbstbestimmtes und  
weltoffenes Individuum  
darstellt, betrachtet  
der Kommunitarismus  
den Menschen als  
gemeinschaftsbezogen*

---

zu Europa: „Ein europäisches Deutschland in einem geeinten Europa souveräner Demokratien“. Um an der Idee nationalstaatlicher Souveränität festhalten zu können, suggeriert diese Zielformulierung, ohne diese Einschränkung sei ein wirklich im Handeln geeintes Europa möglich. Damit rückt diese Formulierung in die Nähe des Slogans 'Europa der Vaterländer', mit dem die AfD in den Europawahlkampf zieht.

Andreas Nölke stellt in seinen Publikationen den Kommunitarismus als Bezugsgröße deutlich heraus. Beispielsweise im Rahmen seiner Erklärung des Unterschieds zwischen den Ausdrücken „populär“ und „populistisch“ anhand eines Diagramms. Darin stehen sich in der vertikalen Dimension Kosmopolitismus und Kommunitarismus und in der horizontalen Dimension Links und Rechts als Parameter

gegenüber. Das Diagramm veranschaulicht, dass sich 'populär' von 'populistisch' durch „eine weniger radikale Verortung auf der Kommunitarismus-Dimension“ unterscheidet. Der Unterschied ist also nur ein gradueller. Inhaltlich sind beide Ausdrücke wegen ihrer Zugehörigkeit zur Dimension des Kommunitarismus Verwandte in dessen Geist. Der führt Nölke politisch zu einer EU-kritischen und zu einer migrations- und euroskeptischen bzw. euroablehnenden Haltung.

Nun ist keineswegs ausgemacht, dass sich „Aufstehen“ von diesen Ideen verneinbar lässt. Sie finden sich zwar auch in manchen öffentlichen Äußerungen Sarah Wagenknechts, deretwegen sie von ihrer Partei scharf kritisiert wird. Der Gründungsauftritt ist aber außer dem genannten Punkt frei davon, wie auch dem Ziel einer Parteigründung. Die Präambel des Aufrufs weist ausdrücklich darauf hin, dass er die grundsätzliche Gesinnung der Bewegung darstellt und kein vorgefertigtes Programm. „Das Programm werden wir gemeinsam mit unseren Anhängern erarbeiten“. Es besteht also Hoffnung, dass sich die Bewegung im Verlauf des Programm-Erarbeitungsprozesses nicht vom kommunitaristischen Denken bestimmen lässt, sondern von den Lösungsworten des Aufrufs: Gerechtigkeit und Frieden. Weil beides die Menschen sehr bewegt, hätte „Aufstehen“ mit diesen Zielen das Potential, Bewegung in die Politik zu bringen und die Parteien, die diese Ziele als Kernpunkte in ihrem Programm haben, unter Druck zu setzen, mehr für deren Erreichung zu tun. Das gäbe auch für Rot-Rot-Grün wieder eine Chance und lässt trotz der dargelegten Zweifel hoffen und nicht resignieren wie es der Galeriebesucher am Ende seiner Geschichte tut.

JÖRG PETERSEN  
Ruheständler